

9. Sitzung

Dienstag, 16. Dezember 2014, 19.30 Uhr, Gemeinderatssaal im Landhaus Solothurn

Im Anschluss an die Sitzung finden die Neubürgerfeier und das Schlussessen des Gemeinderates gemeinsam mit dem Bürgerrat sowie den Neubürgerinnen und Neubürgern im Gewölbekeller des Alten Spitals statt.

Vorsitzender: Kurt Fluri, Stadtpräsident

Anwesend: 29 ordentliche Mitglieder
1 Ersatzmitglied

Entschuldigt: Marco Lupi

Ersatz: Markus Jäggi

Stimmzähler: Matthias Anderegg

Referenten: Reiner Bernath, Vize-Präsident GPA
Hansjörg Boll, Stadtschreiber
Susan von Sury-Thomas, Präsidentin GPA

Protokoll: Doris Estermann

Traktanden:

1. Protokolle Nr. 7 und 8
2. Gemeinderatskommission; Demission als Mitglied der Grünen
3. Gemeinderat; Demissionen als Mitglied und als Ersatzmitglied der Grünen
4. Ausschuss für Geschäftsprüfung; Demission als Mitglied der Grünen
5. Jugendkommission; Wahl eines Mitglieds der GLP
6. Beschwerdekommision / Baukommission; Vakanzen Ersatzmitglied FDP infolge Todesfall
7. Beförderung von Lt Niklaus Stuber zum Oberleutnant der Feuerwehr
8. Bericht des Ausschusses für Geschäftsprüfung (GPA) 2014
9. Verschiedenes

1. Protokolle Nr. 7 und 8

Die Protokolle Nr. 7 vom 28. Oktober 2014 und Nr. 8 vom 11. November 2014 werden genehmigt.

16. Dezember 2014

Geschäfts-Nr. 71

2. Gemeinderatskommission; Demission als Mitglied der Grünen

Referent: Hansjörg Boll, Stadtschreiber

Vorlage: Antrag der Gemeinderatskommission vom 20. November 2014

Mit Mail vom 12. November 2014 demissionierte Marianne Urben-Geiser als Mitglied der Gemeinderatskommission der Grünen. Marianne Urben-Geiser ist seit 2001 Mitglied der Grünen in der Gemeinderatskommission.

Die Grünen der Stadt Solothurn schlagen als neues GRK Mitglied für den Rest der Amtsperiode 2013/2017 Heinz Flück, Bergstrasse 51, zur Wahl vor, Brigit Wyss bleibt Ersatzmitglied.

Das Wort wird nicht verlangt.

Gestützt auf den Antrag der Gemeinderatskommission wird einstimmig

beschlossen:

1. Die Demission von Marianne Urben-Geiser, Mühleweg 9, als Mitglied der Gemeinderatskommission der Grünen auf den 16. Dezember 2014 wird unter bester Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.
2. Als neues Mitglied der Gemeinderatskommission für die Grünen für den Rest der Amtsperiode 2013/2017 wird Heinz Flück, Bergstrasse 51, gewählt. Brigit Wyss bleibt Ersatzmitglied.

Verteiler

Frau Marianne Urben-Geiser, Mühleweg 9, 4500 Solothurn

Herr Heinz Flück, Bergstrasse 51, 4500 Solothurn

Oberamt Region Solothurn

Parteien

Finanzverwaltung

Lohnbüro

ad acta 013-0

16. Dezember 2014

Geschäfts-Nr. 72

3. Gemeinderat; Demissionen als Mitglied und als Ersatzmitglied der Grünen

Referent: Hansjörg Boll, Stadtschreiber

Vorlage: Antrag der Gemeinderatskommission vom 20. November 2014

Mit Mail vom 16. Oktober 2014 demissionierte Christof Schauwecker infolge Wegzugs aus Solothurn als Ersatzmitglied und mit Mail vom 12. November 2014 Marianne Urben-Geiser als Mitglied des Gemeinderats der Grünen. Marianne Urben-Geiser wurde 1997 als Mitglied der Grünen im Gemeinderat und Christof Schauwecker 2009 als erstes Ersatzmitglied der Grünen im Gemeinderat gewählt.

Gestützt auf Paragraph 126 des Gesetzes über die politischen Rechte rückt Melanie Martin als neues ordentliches Mitglied, Regina Walter als erstes und Stefan Buchloh als zweites neues Ersatzmitglied der Grünen im Gemeinderat nach.

Stadtpräsident **Kurt Fluri** bedankt sich bei Marianne Urben-Geiser für ihre langjährige Tätigkeit. Seit 1997 war sie Mitglied des Gemeinderates und seit 2001 Mitglied der GRK. Ihre Beiträge wurden sehr geschätzt und er wünscht ihr alles Gute für die Zukunft. **Marianne Urben-Geiser** kann den Dank weitergeben. Sie war sehr gerne in den erwähnten Gremien tätig und hat es geschätzt, an vorderster Front bei so vielen Themen mitreden zu können.

Im Weiteren bedankt sich Stadtpräsident **Kurt Fluri** bei Christof Schauwecker, der seit 2009 als erstes Ersatzmitglied im Gemeinderat war. Er bedankt sich ebenfalls für seine Beiträge und wünscht ihm alles Gute in seinem neuen Wirkungskreis in der Ostschweiz.

Gestützt auf den Antrag der Gemeinderatskommission wird einstimmig

beschlossen:

1. Die Demission von Christof Schauwecker, Sandmattstrasse 14, als Ersatzmitglied des Gemeinderates der Grünen auf Ende November 2014 wird unter bester Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.
2. Die Demission von Marianne Urben-Geiser, Mühleweg 9, als Mitglied des Gemeinderates der Grünen auf den 16. Dezember 2014 wird unter bester Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.
3. Als neues ordentliches Mitglied des Gemeinderates für die Grünen rückt für den Rest der Amtsperiode 2013/2017 das bisherige zweite Ersatzmitglied Melanie Martin, Mühleweg 4 nach.

4. Als neues erstes Ersatzmitglied des Gemeinderates für die Grünen rückt für den Rest der Amtsperiode 2013/2017 Regina Walter, Dreibeinskreuzstrasse 19, nach.
5. Als neues zweites Ersatzmitglied des Gemeinderates für die Grünen rückt für den Rest der Amtsperiode 2013/2017 Stefan Buchloh, Frank Buchser-Strasse 4, nach.

Verteiler

Christof Schauwecker, Römerstrasse 52, 8400 Winterthur
Marianne Urben-Geiser, Mühleweg 9, 4500 Solothurn
Melanie Martin, Mühleweg 4, 4500 Solothurn
Regina Walter, Dreibeinskreuzstrasse 19, 4500 Solothurn
Stefan Buchloh, Frank Buchser-Strasse 4, 4500 Solothurn
Oberamt Region Solothurn
Parteien
Finanzverwaltung
Lohnbüro
ad acta 012-0

16. Dezember 2014

Geschäfts-Nr. 73

4. Ausschuss für Geschäftsprüfung; Demission als Mitglied der Grünen

Referent: Hansjörg Boll, Stadtschreiber

Vorlage: Antrag der Gemeinderatskommission vom 20. November 2014

Mit Mail vom 16. Oktober 2014 demissionierte Christof Schauwecker infolge Wegzugs aus Solothurn als Mitglied der Grünen im Ausschuss für Geschäftsprüfung. Er ist seit 2013 Mitglied des Ausschusses für Geschäftsprüfung. Die Grünen werden gebeten, ein neues Mitglied zu nominieren.

Das Wort wird nicht verlangt.

Gestützt auf den Antrag der Gemeinderatskommission wird einstimmig

beschlossen:

1. Die Demission von Christof Schauwecker, Sandmattstrasse 14, als Mitglied des Ausschusses für Geschäftsprüfung der Grünen wird unter bester Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.
2. Die Grünen werden ersucht, dem Stadtschreiber so rasch als möglich ein neues Mitglied für den Ausschuss für Geschäftsprüfung zu melden.

Verteiler

Herr Christof Schauwecker, Römerstrasse 52, 8400 Winterthur
Oberamt Region Solothurn
Stadtpräsidium
Lohnbüro
ad acta 018-3

16. Dezember 2014

Geschäfts-Nr. 74

5. Jugendkommission; Wahl eines Mitglieds der GLP

Referent: Hansjörg Boll, Stadtschreiber

Vorlage: Antrag der Gemeinderatskommission vom 20. November 2014

Mit Mail vom 23. Juni 2014 demissionierte Michael Felber infolge Wegzugs aus Solothurn als Mitglied der GLP der Jugendkommission. Michael Felber war seit 2013 Mitglied der GLP in der Jugendkommission. Die GLP wurde ersucht, dem Stadtschreiber ein neues Mitglied zu melden.

Mit Mail vom 25. Oktober 2014 hat uns die GLP Solothurn mitgeteilt, dass sie als neues Mitglied Frau Petra Ruetsch, Grenchenstrasse 43, nominiert hat.

Das Wort wird nicht verlangt.

Gestützt auf den Antrag der Gemeinderatskommission wird einstimmig

beschlossen:

Frau Petra Ruetsch, Grenchenstrasse 43, wird für den Rest der Amtsperiode 2013/2017 als neues Mitglied der GLP der Jugendkommission gewählt.

Verteiler

Frau Petra Ruetsch, Grenchenstrasse 43, 4500 Solothurn
Jugendkommission
Soziale Dienste
Lohnbüro
ad acta 318-0

16. Dezember 2014

Geschäfts-Nr. 75

6. Beschwerdekommision / Baukommision; Vakanzen Ersatzmitglied FDP infolge Todesfall

Referent: Hansjörg Boll, Stadtschreiber

Vorlage: Antrag der Gemeinderatskommision vom 20. November 2014

Lukas Schönholzer sel. war seit 2009 Ersatzmitglied der FDP in der Beschwerdekommision und in der Baukommision. Lukas Schönholzer sel. ist am 28. Oktober 2014 verstorben, deshalb sind die beiden Sitze nun vakant.

Das Wort wird nicht verlangt.

Gestützt auf den Antrag der Gemeinderatskommision wird einstimmig

beschlossen:

1. Vom Todesfall von Lukas Schönholzer sel. wird mit grosser Betroffenheit Kenntnis genommen. Wir danken dem Verstorbenen für seinen langjährigen Einsatz im Dienste der Stadt Solothurn als Mitglied verschiedener städtischer Kommissionen. Sein Wirken und seine Persönlichkeit werden uns unvergessen bleiben.
2. Die FDP wird ersucht, dem Stadtschreiber je ein neues Ersatzmitglied für die Beschwerdekommision und für die Baukommision zu melden.

Verteiler

Oberamt Region Solothurn
Rechts- und Personaldienst
Stadtbauamt
Lohnbüro
ad acta 018-1, 018-4

16. Dezember 2014

Geschäfts-Nr. 76

7. Beförderung von Lt Niklaus Stuber zum Oberleutnant der Feuerwehr

Referent: Hansjörg Boll, Stadtschreiber

Vorlage: Antrag der Gemeinderatskommission vom 20. November 2014

Der Feuerwehrstab beantragt, Lt Niklaus Stuber (1980) zum Oberleutnant zu befördern.

Lt Niklaus Stuber hat während den letzten 5 Jahren als Offizier Erfahrung im Feuerwehrwesen gesammelt und kennt seine Aufgaben bestens. Seit mehr als 10 Jahren absolviert er bei der Feuerwehr Solothurn seinen Dienst. Als Stellvertreter der Ausbildung Technische Hilfeleistung und Personenrettung bei Unfällen zeigt er uns diesen interessanten Dienst. Als Ausbildungsoffizier hilft er bei der kantonalen Ausbildung mit. Im Einsatz wird sein überlegtes Handeln geschätzt. Sein korrektes und freundliches Auftreten ist so, wie es in dieser Stufe erwartet wird. Als kompetenter Kollege wird er rundum geschätzt.

Die Gemeinderatskommission unterstützt den Antrag des Feuerwehrstabs.

Das Wort wird nicht verlangt.

Gestützt auf den Antrag der Gemeinderatskommission wird einstimmig

beschlossen:

Lt Niklaus Stuber wird zum Oberleutnant der Feuerwehr Solothurn befördert.

Verteiler

Lt Niklaus Stuber, Brüggmoosstrasse 2, 4500 Solothurn
SGV, Feuerwehrinspektorat, Baselstrasse 40, 4500 Solothurn
Feuerwehrstab
Leiter Amt für Feuerwehr und Zivilschutz
Finanzverwaltung
Rechts- und Personaldienst
ad acta 141-0

16. Dezember 2014

Geschäfts-Nr. 77

8. Bericht des Ausschusses für Geschäftsprüfung (GPA) 2014

Referenten: Reiner Bernath, Vize-Präsident GPA
Susan von Sury-Thomas, Präsidentin GPA
Vorlage: Bericht 2014 vom 14. November 2014

Susan von Sury-Thomas, Präsidentin des Ausschusses für Geschäftsprüfung (GPA), und Reiner Bernath, Vize-Präsident GPA, stellen den Bericht vor. Der Bericht wurde wie üblich in zwei Teile unterteilt. Im ersten Teil wird das Konzept der Schulleitung behandelt und der zweite Teil widmet sich den Verwaltungsberichten 2012 und 2013. Der Bericht wird seitenweise durchberaten, dabei hebt **Susan von Sury-Thomas** folgende Punkte hervor:

Einleitung

Der GPA wurde im Juni 2013 vom Gemeinderat gewählt, Amtsbeginn war im November 2013. Der GPA empfiehlt, dass künftig der GPA gleichzeitig mit den städtischen Kommissionen gewählt und konstituiert wird.

Konzept der Schulleitungen

Die Thematik wurde aus zwei Gründen ausgewählt. Erstens wurde das Konzept 2007 entwickelt, neu eingeführt und seither auf politischer Ebene nicht mehr diskutiert. Zweitens kommt gemäss Konzept dem Gemeinderat die Aufgabe zu, die Tätigkeit des Gesamtschulleiters/der Gesamtschulleiterin (= Schuldirektor/in) und die Qualität der Aufgabenerfüllung zu prüfen. Dabei wurde die Thematik durch folgende drei Leitfragen eingeeengt:

1. Wird das Schulleitungskonzept von 2007 umgesetzt und ist es immer noch aktuell?
2. Werden die Pflichtenhefte der Schuldirektorin und der Schulleitungen eingehalten?
3. Wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Schuldirektion und Schulleitungen?

Von der Stadtverwaltung wurden folgende Dokumente zur Verfügung gestellt:

- Konzept der Schulleitung 2007 der Stadt Solothurn
- Pflichtenheft / Stellenbeschreibung der Schuldirektorin / des Schuldirektors (2011)
- Pflichtenheft / Stellenbeschreibung der Schulleiterin / des Schulleiters (2007)

Gestützt auf diese Unterlagen hat der GPA für die Schuldirektorin und die Schulleiter/innen Fragenkataloge ausgearbeitet. Die Fragenkataloge wurden dem Bericht als Anhang angefügt. Im Weiteren wurden Interviews mit der Schuldirektorin und den Schulleiter/innen sowie mit der Leiterin der Musikschule geführt. Aufgrund der Interviews konnten verschiedene Erkenntnisse gewonnen werden, so u.a., dass das Konzept der Schulleitung fest etabliert ist und sich bewährt hat, und dass die Beziehung zwischen der Schuldirektion und den Schulleitungen gut ist. Die weiteren Erkenntnisse können detailliert dem Bericht entnommen werden.

Aufgrund der Erkenntnisse hat der GPA folgende Empfehlungen festgehalten:

- Das Schulleitungskonzept 2007 der Stadt Solothurn, die Pflichtenhefte der Schuldirektorin / des Schuldirektors und der Schulleiter/innen sowie das Organigramm sind aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen punktuell anzupassen.
- Entlastung der Schuldirektorin / des Schuldirektors wird durch mehr Delegation gewünscht (z.B. Führung Hauswarte oder Information Lehrpersonen).
- Es ist zu überprüfen, ob der Schulleitungsansatz von 7 Minuten pro Kind und Woche noch aktuell ist.
- Das Hochbauamt soll den Unterhalts-/Renovationsbedarf besonders betroffener Schulhäuser prioritär behandeln.

- Es soll (im Rahmen der Ortsplanungsrevision) eine mittelfristige Schulhaus- und Kindergartenplanung ausgearbeitet und politisch abgeseget werden. Dabei sollen die besonderen Bedürfnisse der Musikschule berücksichtigt werden.
- Die Schulleitungskonferenz hat sich gezielte Massnahmen zu überlegen, welche die Anstellung von männlichen Lehrpersonen fördern sollen. Die Familienverträglichkeit der Anstellungsverhältnisse soll verbessert werden, u.a. mit mehr Teilzeitstellen.
- Die Notwendigkeit sowie Art und Weise der Betreuung durch den Schularzt / die Schulärztin soll überprüft werden.

Die Referentin bedankt sich an dieser Stelle beim Stadtschreiber, bei der Schuldirektorin sowie bei den Schulleitungen für ihre Mitarbeit.

Als Vorbemerkung hält **Reiner Bernath** fest, dass sämtliche Mitglieder neu beim GPA dabei sind, weshalb er bei den Beurteilungen um etwas Milde bittet. Er präsentiert die Erkenntnisse aus dem Studium der Verwaltungsberichte, die dem Bericht entnommen werden können. Allgemein kann festgehalten werden, dass der Verwaltungsbericht jeweils einen guten Überblick über die Tätigkeiten der einzelnen Abteilungen gibt und es sich lohnt, diesen etwas genauer zu lesen. Bezüglich Verwaltungsbericht 2012 rät der GPA, die Umsetzung folgender Empfehlungen zu prüfen:

- Bei parlamentarischen Vorstössen, die seit mindestens 6 Monaten pendent sind, ist im Verwaltungsbericht kurz zu begründen, weshalb diese noch nicht erledigt wurden.
- Einmal pro Legislatur sollen bei den Museen nicht nur die Besucherzahlen vom Berichtsjahr im Verwaltungsbericht vermerkt sein, sondern auch noch die Zahlen der vergangenen fünf Jahre.
- Bei der Stadtpolizei ist kurz auf die Gründe für den Rückgang einzelner Geschäfte einzugehen. Ebenfalls sollen die Gesetzesabkürzungen in Klammer ausgeschrieben und die unterschiedlichen Zahlen bei den Verkehrsunfällen entweder begründet oder sonst korrigiert werden.
- Bei Feuerwehr/Zivilschutz ist auf in Segmente aufgeteilte Übersichten, die zu klein und in der Schraffierung ungeeignet sind, künftig zu verzichten.

Bezugnehmend auf den ersten Punkt hält der Referent fest, dass dieser bereits im nächsten Jahr umgesetzt wird (GR-Beschluss vom 28. Oktober 2014).

Im Weiteren legt Reiner Bernath die Erkenntnisse aus dem Verwaltungsbericht 2013 dar. Unter anderem wurde festgehalten, dass der Rück- und Ausblick des Stadtpräsidenten zu zwei Dritteln vom Fusionsprojekt und zu einem Drittel von der Regio Energie handelt. Die anderen Geschäfte wären ebenfalls interessant gewesen. Beim Personaldienst konnte festgestellt werden, dass die sechs Auszubildenden 1 Prozent der gesamten „Belegschaft“ darstellen. Im Vergleich zur Privatindustrie stellt dies eine tiefe Anzahl dar. Die Zusammenarbeit der drei Stadtpolizeien (Solothurn, Olten und Grenchen) mit der Kantonspolizei wurde evaluiert. Der Bericht war für die Stadtpolizei Solothurn nicht nur positiv, aufgrund von personellen Vakanzten konnten Aufgaben der Kantonspolizei nicht zur Zufriedenheit aller übernommen werden. Mittlerweile ist das Korps jedoch wieder vollzählig.

Abschliessend hält er die Empfehlungen bezüglich Verwaltungsbericht 2013 fest:

- Wir wünschen uns punktuell genauere Erläuterungen zu angesprochenen Problemen, z.B. durch die Einwohnerdienste zum mangelnden Befolgen der Meldepflicht und durch den Personaldienst zu den vielen vorzeitigen Pensionierungen.
- Der Bericht der AHV-Zweigstelle soll die gelieferten Zahlen erläutern.
- Die Statistik zu den Schülerzahlen sollte auch die wichtigsten Zahlen der Vorjahre enthalten.
- Einmal pro Legislatur sollen Anzahl der GRK-Sitzungen und Zahl der GRK-Geschäfte mit den Vorjahren verglichen werden.

Abschliessend erläutert er die Anträge des GPA.

Eintretensdiskussion

Michael Schwaller dankt im Namen der FDP-Fraktion dem GPA für die geleistete Arbeit. Hinter dem Bericht steckt mehr Arbeit, als auf Anhieb vermutet werden könnte. Der Referent weiss aus eigener Erfahrung, wie aufwendig es ist, ein geeignetes Thema zu finden, sich einzuarbeiten und den GPA-Bericht zu redigieren. Der vorliegende GPA-Bericht gibt einen guten Überblick über die Verwaltungsberichte 2012 und 2013. Zu den Empfehlungen unter Ziffer 2.3. bringt sie folgende zwei Anmerkungen an: Der GPA empfiehlt, den Unterhalt besonders betroffener Schulhäuser prioritär zu behandeln. Sie geht davon aus, dass dies im Rahmen der Immobilienstrategie und nicht losgelöst davon geschehen soll. Im Weiteren kann die FDP-Fraktion die Bedenken der Schuldirektion gegenüber Teilzeitpensen nachvollziehen, erschweren sie doch die Führbarkeit. Ob die kritische Grenze aber wirklich schon bei 80 Prozent erreicht ist oder nicht erst bei beispielsweise 50 Prozent, möchte sie hier offen lassen. Es ist aber wichtig, dass die Anstellungsbedingungen attraktiv sind und geeignete Lehrpersonen angestellt werden können. Sie begrüsst aber diese Empfehlung des GPA ausdrücklich, auch wenn Einzelne einer allfälligen Quotenregelung, die vermutlich nicht angestrebt ist, bestimmt eher kritisch gegenüberstehen. Es darf nicht vergessen werden, dass die Schule letztlich primär guten Unterricht für die Kinder und Jugendlichen anbieten können muss, und dafür müssen gute Rahmenbedingungen geschaffen werden, was eben mit einem ausgeglichenen Lehrkörper am besten möglich ist. Kurz und bündig: **Die FDP-Fraktion verdankt den GPA-Bericht 2014, wird ihn zur Kenntnis nehmen und ist gespannt auf die Informationen über die Umsetzung der Empfehlungen.**

Anna Rüefli dankt im Namen der SP-Fraktion dem GPA für seine Berichterstattung. Sie weiss, mit wie viel Arbeit eine solche Berichterstattung verbunden ist. Mit der Umsetzung des Schulleitungskonzepts hat der GPA aus ihrer Sicht ein sehr spannendes Thema aufgegriffen. So hat sie den Bericht sehr intensiv, aber nach wie vor mit der notwendigen Milde diskutiert. Gleichwohl möchte sie noch ein paar kritische Bemerkungen zum Bericht anbringen. Als sehr positiv erachtet sie die Empfehlung, dass die Familienverträglichkeit der Anstellungsverhältnisse verbessert werden soll und insbesondere Teilzeitstellen gefördert werden sollen. Nicht ganz schlau wurde sie aus der Empfehlung, dass im Rahmen der Ortsplanungsrevision eine mittelfristige Schulhaus- und Kindergartenplanung ausgearbeitet und politisch abgesegnet werden soll. In diesem Zusammenhang erkundigt sie sich beim GPA, inwiefern sich diese Planung von derjenigen unterscheidet, die anlässlich der letzten Gemeinderatssitzung verabschiedet wurde und inwiefern diese Thematik im Rahmen der Ortsplanungsrevision behandelt werden soll. Für eine entsprechende Präzisierung wäre sie sehr dankbar. Zu den Erkenntnissen: Diese machen teilweise den Eindruck von gesammelten und festgehaltenen Meinungsäusserungen. So wird teilweise die Belastung der Schulleitungen als sehr hoch bezeichnet, bei einem anderen Punkt aber gefordert, dass die Schulleitungen nebst ihren Management-Aufgaben in Notfällen auch noch im Unterricht eingesetzt werden können sollen. Wahrscheinlich stammen diese beiden Aussagen nicht von den gleichen Absendern. Aus diesem Grund nimmt sie gewisse Aussagen unter der Rubrik „Erkenntnisse“ eher als Meinungsäusserung, als Erkenntnisse entgegen. **Mit diesen Bemerkungen und den gestellten Fragen nimmt die SP-Fraktion den GPA-Bericht 2014 zur Kenntnis.**

Die CVP/GLP-Fraktion - so **Barbara Streit-Kofmel** - dankt den Mitgliedern des GPAs und allen Mitwirkenden für ihre grosse Arbeit und den vorliegenden Bericht. Für den Gemeinderat als Aufsichtsgremium ist es erfreulich zu hören, dass sich die städtische Schulorganisation mit dem neuen Schulleitungskonzept bewährt hat, die Arbeit der Schuldirektorin und insbesondere ihre Führungsqualitäten geschätzt und positiv beurteilt werden. Auch die Zusammenarbeit zwischen den Schulleitungen und der Schuldirektorin klappt offensichtlich gut, was sie ebenfalls mit Befriedigung zur Kenntnis nimmt, da eine gute Zusammenarbeit natürlich eine wichtige Voraussetzung für die Koordination der schulischen Abläufe und nicht zuletzt für das „Klima“ in den Stadtschulen ist. Sie teilt grundsätzlich die Kritikpunkte, die im Bericht erwähnt werden. Zwei dieser Punkte haben besonders zu diskutieren gegeben: Als erster kritischer Punkt hält sie fest, dass auch sie der externen Evaluation, die gemäss Bericht auch von den Schulverantwortlichen kontrovers diskutiert wurde, eher skeptisch gegenübersteht.

Obwohl in dieser Frage der Kanton der Taktgeber ist, hätte sie es begrüsst, wenn die Intervalle der aufwändigen und teuren Überprüfung der Schulqualität etwas grösser wären, als dies gerade vor kurzem vom Kantonsrat beschlossen wurde. Sie unterstützt die Ansicht der Schuldirektorin, dass vor allem die Unterrichtsqualität innerhalb des Schulzimmers im Zentrum der Begutachtung stehen sollte und es ist gut, dass hier bereits entsprechende Instrumente vorhanden sind und auch eingesetzt werden. Der zweite kritische Punkt ist die Frage der Teilzeitpensen der Lehrpersonen. Einerseits ist sie grundsätzlich der Meinung, dass auch kleine Pensen möglich sein sollten, wenn sie schulverträglich sind. Kleinere Pensen können dann sinnvoll sein, wenn eine Lehrperson ein bestimmtes Fach, wie z.B. Englisch oder Französisch, Turnen oder Musikunterricht erteilt oder wenn eine Lehrperson Restpensen abdeckt. Andererseits kann sie den Wunsch der Schuldirektorin nach möglichst hohen Pensen aus den im Bericht genannten Gründen nachvollziehen. Sie hat gehört, dass nicht immer 100-Prozentpensen angeboten werden können. Auf jeden Fall ist ein Vollpensum aber notwendig, wenn wieder mehr männliche Lehrpersonen in der Schule gewünscht werden, was natürlich nicht heisst, dass es nicht auch Frauen gibt, die 100 Prozent arbeiten wollen und können. **Mit den Empfehlungen, sowohl was das Schulleitungskonzept anbelangt, als auch mit denen, die sich auf die beiden Verwaltungsberichte beziehen, ist die CVP/GLP-Fraktion einverstanden und sie stimmt den Anträgen des GPA zu.**

Auch die Grünen - so **Heinz Flück** - schliessen sich dem Dank an. Der GPA hat genau hingeschaut und sie sind erfreut, dass ein generell positives Bild von der Schuldirektion und den Schulleitungen gezeichnet werden kann. Dies auch trotz den vielen Schulleitungswechseln, die im Bericht ebenfalls erwähnt wurden. Sie sind gespannt, wie die Empfehlungen umgesetzt werden und wie deren Umsetzung kontrolliert wird. Sie können sich den Empfehlungen anschliessen. Die Feststellungen zu den Verwaltungsberichten wurden mit Interesse zur Kenntnis genommen. Dem Referenten ist dabei insbesondere in seiner Funktion als Berufsschullehrer die Feststellung betreffend Lehrstellen ins Auge gestochen. Allenfalls ist hier noch ein Verbesserungspotential vorhanden. Der Kanton kommt immerhin auf einen Anteil von 2,2 Prozent (ohne spezielle Lehrstätten). **Die Grünen werden den Anträgen des GPA zustimmen.**

Roberto Conti spricht in Namen der SVP-Fraktion sämtlichen am Bericht beteiligten Personen ihre grosse Wertschätzung aus. Bezüglich Schulleitungskonzept hält sie Folgendes fest: Den umfangreichen Fragenkatalog erachtet sie als sehr sinnvoll. Im Bericht selber ist sie jedoch nicht auf alle Antworten zu den gestellten Fragen gestossen. Bezüglich Interviews hält sie fest, dass zum Herausfinden der absoluten „Wahrheit“ die Schulleitungen nicht in Gruppen, sondern einzeln hätten befragt werden sollen. Die in den Erkenntnissen erwähnte hohe Belastung ist zweifellos vorhanden. Sie hofft deshalb, dass nun eine Stabilität einkehren kann. Die hohe Belastung ist sicher auch auf die zunehmende administrative Flut zurückzuführen. Hier wäre eine Entlastung angebracht, damit die Konzentration wieder auf die Kernaufgabe, den Unterricht, gelegt werden kann. Bezüglich externe Schulevaluationen ist sie erstaunt, dass diese von den betroffenen Schulen als positiv wahrgenommen wurden. Eine ehemalige Schulleiterin hat sich aufgrund des Verhältnisses zwischen Aufwand und Nutzen dazu einmal etwas weniger positiv geäussert. Der Referent hält fest, dass sein Antrag im Kantonsrat zum sofortigen Ausstieg aus der externen Evaluation abgelehnt wurde. Dabei erwähnt er, dass das Qualitätsmanagement im Kanton mit 13 Bereichen aufgebaut ist. U.a. erwähnt er dabei das Individualfeedback, das Qualitätsleitbild, das Personalentwicklungskonzept, die Mitarbeiterbeurteilung, die interne Evaluation, die Führungskommunikation usw. Qualitätsmanagement ja, aber es kann auch übertrieben werden. Sorgen bereitet der SVP-Fraktion, dass so viele Teilzeitpensen bestehen und diese Tendenz zunimmt. Zu folgenden Fragen im Fragenkatalog hat sie keine Antworten im Bericht gefunden: Disziplinar-massnahmen gegenüber Lehrpersonen oder auch Schüler/innen / Zusammenarbeit mit den kantonalen Stellen / Erfahrung und Probleme betreffend schulische Integration mit Hilfe von Heilpädagog/innen. **Die SVP-Fraktion stimmt den Anträgen des GPA zu.**

Peter Wyss möchte als ehemaliger Vize-Präsident des GPA noch folgende Anmerkung anbringen: Der GPA unter der damaligen Leitung von Herbert Bracher hat den Verwaltungsbericht 2011 analysiert. Der Grund dafür war, dass der letztjährige GPA-Bericht bereits im September behandelt wurde und somit vor den Sommerferien fertiggestellt werden musste. So konnte der aktuellste Verwaltungsbericht, der jeweils im Mai erscheint, nicht mehr einbezogen werden. Er selber begrüsst, dass der GPA-Bericht nun im Dezember behandelt wird. Dies ermöglicht mehr Spielraum.

Irène Schori bedankt sich für die Ausführungen und die entgegengebrachte Wertschätzung. Sie würde selbstverständlich begrüssen, dass wiederum vermehrt männliche Lehrpersonen angestellt werden könnten. Sie fragt sich jedoch, was sie selber dazu beitragen kann. Grundsätzlich ist sie froh, wenn überhaupt eine Lehrperson mit den entsprechenden Qualifikationen rekrutiert werden kann. Die Stadt muss sich am Markt orientieren und die Schule muss dafür sorgen, dass sie als attraktiv gilt. Bezüglich dem Wunsch nach mehr Teilzeitpenssen hält sie folgende Zahlen fest: Von 177 Lehrpersonen haben deren 17 eine Vollzeitstelle inne. 63 Prozent haben ein Pensum zwischen 5 - 23 Lektionen. Sie ist ebenfalls der Meinung, dass es Teilzeitlehrpersonen braucht. Der Bedarf ist jedoch von Schulhaus zu Schulhaus unterschiedlich. So ist beispielsweise das eher kleine Team im Schulhaus Wildbach froh um anzahlmässig mehr Lehrpersonen. Im Schulhaus Brühl mit einem Team von ca. 30 Lehrpersonen ist wohl eher das Gegenteil der Fall. Bei jeder Stellenausschreibung muss vorher abgeklärt werden, wie die Stellenbesetzung für einen optimalen Betrieb zu erfolgen hat. Es geht somit nicht um Pro oder Kontra der Teilzeitstellen. Bei Bewerbungsgesprächen wurde auch schon festgehalten, dass Vollzeitstellen seltener geworden sind. Bezüglich Führung der Hauswarte hat sich ihres Erachtens das bisherige System bewährt. Einige der Empfehlungen konnten zudem bereits umgesetzt werden.

Gemäss **Hansjörg Boll** spricht nichts dagegen, dass die Mitglieder des GPA erst im Herbst gewählt werden können. Einzige Problematik dabei wäre, dass allenfalls Mitglieder im Sommer demissionieren müssten, da sie aus dem GR austreten. GPA-Mitglieder müssen Mitglieder des Gemeinderates sein.

Stadtpräsident **Kurt Fluri** hält fest, dass er sich in seinem Berichtsteil im Verwaltungsbericht auf zwei Themen fokussiert hat, da eine bestimmte Seitenanzahl vorgegeben ist. Bezüglich Anzahl der Lernenden weist er darauf hin, dass diese Prozentzahl etwas relativiert wird, wenn nicht von der Anzahl Köpfe, sondern von Stellenprozenten ausgegangen wird.

Reiner Bernath hält bezüglich Ortsplanung (Schulhäuser / Kindergärten) fest, dass allenfalls auch der Stadtplaner hätte dazu befragt werden sollen. Zu den Empfehlungen hält er fest, dass aus diesen ja allenfalls Vorstösse abgeleitet werden können.

Anna Rüefli fragt nach, ob vorgesehen ist, dass nun nochmals eine Schulhaus- und Kindergartenplanung vorgenommen wird. Sie hat diese Aussage im Bericht nicht ganz verstanden.

Stadtpräsident **Kurt Fluri** ruft in Erinnerung, dass der Gemeinderat anlässlich seiner Sitzung vom 11. November 2014 mit der Ziffer 6 im entsprechenden Beschluss das Stadtbauamt beauftragt hat, mit der Planung für die Gesamtsanierungen der Schulanlagen Fegetz, Vorstadt und Wildbach unter der Berücksichtigung der erwähnten vier Grundsätze zu beginnen. Die Terminplanung für die Realisierung erfolgt gemäss Finanzplan 2015/2018.

Roberto Conti weist darauf hin, dass seine Fragen noch nicht beantwortet wurden. Er wiederholt, dass im Bericht die Antworten zu drei Fragen (Disziplinar massnahmen / Zusammenarbeit kantonale Stellen / Erfahrung mit Integration mit Hilfe von Heilpädagogik) fehlen.

Gemäss **Susan von Sury-Thomas** fanden fast keine Disziplinar massnahmen statt.

Irène Schori bezeichnet die Zusammenarbeit mit den kantonalen Stellen als bedarfsorientiert. Bei disziplinarischen Massnahmen werden die entsprechenden kantonalen Stellen miteinbezogen.

Gestützt auf den Bericht des Ausschusses für Geschäftsprüfung wird einstimmig

beschlossen:

1. Der Gemeinderat nimmt den GPA-Bericht 2014 zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung informiert bis spätestens Ende 2015 über die Umsetzung der Empfehlungen des GPA gemäss Ziffern 2.3, 3.2 und 4.2.

Verteiler

Präsidium des Ausschusses für Geschäftsprüfung
VLK mit Bericht 2014
Stadtpräsidium
ad acta 018-3

16. Dezember 2014

9. Verschiedenes

- Stadtpräsident **Kurt Fluri** ruft die Gemeindeversammlung vom 9. Dezember 2014 in Erinnerung. In Anbetracht der Tatsache, dass der Gemeinderat 30 ordentliche Mitglieder und 15 Ersatzmitglieder umfasst, waren geschätzte knapp 20 Mitglieder und Ersatzmitglieder anwesend. Er ist der Auffassung, dass die beiden GV-Daten, die notabene ein Jahr zum Voraus bekannt sind, prioritär behandelt werden sollen. Bei den traktandierten Geschäften handelt es sich schlussendlich um diejenigen des Gemeinderates. Im Weiteren hält er fest, dass das Budget im Gemeinderat mit 28 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung genehmigt wurde. Mit Erstaunen hat er festgestellt, dass anlässlich der GV einzelne Gemeinderäte/-innen die Dringlichkeit einer Motion unterstützt haben, deren Auswirkungen das beschlossene Budget wiederum verschlechtern hätten.

Beat Käch ist derselben Meinung wie Stadtpräsident Kurt Fluri. In anderen Gemeinden scheint es selbstverständlich zu sein, dass die Gemeinderäte/-innen vollzählig an der GV erscheinen und teilweise sogar exponiert Platz nehmen. Er stellt schon seit Jahren fest, dass viele Gemeinderäte/-innen an der GV nicht teilnehmen. Mit grossem Befremden und Unmut hat er zudem die Einreichung der dringlichen Motion zur Kenntnis genommen. Selbstverständlich kann eine dringliche Motion eingereicht werden. Er erachtet die Einreichung, ohne Vorankündigung, aber als schlechten Stil. Das Anliegen kann vorgebracht werden und ist legitim. Trotzdem hat niemand vom Antrag und den finanziellen Folgen (1,5 Mio. Franken) gewusst.

Matthias Anderegg hält fest, dass die dringliche Motion nicht von einer Partei eingereicht wurde. Es ist das demokratische Recht aller Einwohner/-innen einen solchen Vorstoss einzureichen. Er erinnert zudem, dass über die Dringlichkeit beschlossen wurde und noch nicht über den Inhalt der Motion.

Gemäss **Franziska Roth** wurde die dringliche Motion zu Beginn der Gemeindeversammlung eingereicht. Bis zum Schluss wurde diese aber von niemandem erwähnt. Eigentlich wurde erwartet, dass die Motion im Rahmen des Budgets behandelt würde. Der Erstunterzeichner hat sich zudem während der Versammlung erkundigt, wann die Motion behandelt wird. Das Budget war bereits verabschiedet, als die Motion, respektive deren Dringlichkeit behandelt wurde. Abgesehen davon, dass sie der Motion auch heute noch inhaltlich zustimmen kann, ist sie der Meinung, dass sie auch als Gemeinderätin, die dem Budget zugestimmt hat, anlässlich der GV das Recht hat, einem allfälligen abgeänderten Budget zustimmen zu dürfen.

Stadtpräsident **Kurt Fluri** erachtet ein verändertes Abstimmungsverhalten als eine Frage der Verantwortung und der Loyalität. Er selber würde dies nie so handhaben. Das Budget war dasjenige des Gemeinderates und muss von diesem auch verteidigt werden. Die Reihenfolge der Traktanden ist klar vorgegeben. Die Vorstösse werden immer am Schluss behandelt. Er mutmasst zudem, dass diejenigen, welche die Dringlichkeit unterstützt haben, auch die Motion inhaltlich unterstützt hätten.

Claudio Hug war von der Situation ebenfalls überrascht. Seines Erachtens konnte die objektive Dringlichkeit zumindest nicht ausgeschlossen werden. Er kann sich vorstellen, dass sich einige Anwesende die Frage nach der Dringlichkeit und dem Inhalt der Motion separat gestellt haben.

Schluss der Sitzung: 20.45 Uhr

Die Neubürgerinnen und Neubürger, die im Verlaufe des Jahres 2014 in das Bürgerrecht der Stadt Solothurn aufgenommen worden sind, wurden für heute Abend von der Bürgergemeinde zur Übergabe der Bürgerrechtsurkunden und zu einem Apéro in den Keller der Bürgergemeinde eingeladen. Anschliessend wechselten sie ins Alte Spital, wo die Gelöbnisabnahme durch den Stadtpräsidenten erfolgte. Zusammen mit den Mitgliedern des Gemeinderates, dem Bürgergemeindepräsidenten, der Bürgerschreiberin und der Einbürgerungskommission wurden sie von der Stadt Solothurn zum Jahresschlusssessen des Gemeinderates eingeladen.

Stadtpräsident **Kurt Fluri** begrüsst die Neubürgerinnen und Neubürger und heisst sie herzlich willkommen. Mit ihrem Schweizer Bürgerrecht sind sie neu auch stimm- und wahlberechtigt. Einleitend verweist er auf die historisch gesehene Verpflichtung, das Gelübde, das Gelöbnis oder den Eid. Er verliest den Gelöbnistext, wie er vom Departement des Innern des Kantons Solothurn vorgeschrieben wird.

Zur Gelöbnisabnahme erheben sich alle im Saal anwesenden Personen. Der Stadtpräsident liest die Gelöbnisformel vor und die Neubürgerinnen und Neubürger sprechen nach: «Ich gelobe».

Der Stadtpräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin: